Danziger Dampfboot.

№ 144. **1866.**

Sonnabend, den 23. Juni. **37ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Freitag 22. Juni.

Nach einem Telegramm der „Times" vom gestrigen Tage konzentrirt sich das 8. Bundescorps in Baireuth.

Emden, Freitag 22. Juni.

Die hannoversche Garnison hat die Waffen gestreckt und die Stadt nebst den Batterien an der Nesserlande Schleuse durch Kapitulation unter den Stader Bedingungen an den Kommandanten des königl. preußischen Kanonenbootes „Tiger", Lieutenant zur See Stenzel, übergeben, nachdem es preußischerseits geglückt war, die Strandbatterien auf der Knocke bei Emden zu vernageln.

— Die Mannschaften der Besatzung, welche die Waffen niederlegten, sind bereits in ihre Heimath entlassen, die Officiere können mit Beibehaltung des Seitengewehrs in allen Ehren nach eigenem Ermessen ihren Aufenthalt nehmen.

Eisenach, Freitag 22. Juni.

Aus Kassel wird gemeldet, daß der Kurfürst die Ernennung des Erbprinzen zum Oberbefehlshaber widerrufen habe.

Frankfurt, Freitag 22. Juni.

Der preußische Ministerresident ist abgereist, der oldenburgische Bundestagsgesandte abberufen und die Abberufung des mecklenburgischen wird erwartet.

— [Auf indirektem Wege.] Das Gros des 8. Bundescorps soll heute nordwärts vorrücken, und sollen 6000 Oesterreicher im Laufe des Tages eintreffen. Der Kurfürst von Hessen ist nicht abgereist, weil die Landstände in die Fortschaffung des Staatsschatzes von 17½ Millionen Gulden nach Hanau nicht eingewilligt haben.

— [Ueber London gekommen.] Der britische Gesandte, Sir A. Malet, ist von seiner Regierung beauftragt worden, den Schutz der preußischen Unterthanen, sowie die preußischen Archive in Frankfurt zu übernehmen.

Darmstadt, Freitag 22. Juni.

Die Ständeversammlung ist nach Bewilligung der Kosten für die Mobilisirung vertagt worden.

Mailand, Donnerstag 21. Juni.

Eine Compagnie österreichischer Jäger hat ein auf Lombardischem Gebiete befindliches Haus besetzt.

Florenz, Donnerstag 21. Juni.

Der König ist heute Morgens zur Armee abgegangen.

— Heute wurde der Gesetzentwurf, die außerordentlichen Regierungsbefugnisse betreffend, in seinem ganzen Umfange mit 153 gegen 42 Stimmen angenommen.

Paris, Freitag 22. Juni.

Der heutige „Moniteur" bringt eine Verwarnung an Privatpersonen und die Journale, keine falschen Nachrichten über die Kriegsereignisse und über die Situation von Industriellen und Kredit-Gesellschaften zu verbreiten.

London, Freitag 22. Juni.

Die Rückkehr der Königin wird Dienstag erwartet. Ob von der angeblich Lord Russell ertheilten Erlaubniß zur Auflösung des Parlaments Gebrauch gemacht werden wird, ist unentschieden.

Zur Situation.

Mit liberalem Programm trat unser König Wilhelm die Regierung Preußens an, wählte ein Ministerium, welches hoffte, durch moralische Eroberungen Deutschland zu einer mehr Achtung gebietenden Macht zu einigen, als dies durch die bisherige Bundesverfassung zu erreichen gewesen war.

Allgemein ist es bekannt, daß Vorliebe für militärische Macht und Disciplin einen ausgeprägten Charakterzug des Königs ausmacht, und wer wollte hieran Anstoß nehmen, der sich erinnert, daß Preußen seine Machtstellung dem Schwerte und seinen Fürsten verdankt; wer kann daran Anstoß nehmen, der daran denkt, daß diesen die Macht und Existenz des Staates in Deutschland zu danken ist, der trotzdem und alledem der Hort und Vorkämpfer freier geistiger Entwickelung ist allerorts, wohin deutscher Fleiß und deutsches Wissen getragen wird?

Dies sind die Ausgangspunkte zur Beurtheilung der jetzigen Situation.

Napoleon III. hatte seinen Onkel an Oesterreich und Rußland gerächt, England gedemüthigt, dessen Königin nach Cherbourg kam, um dem Herrscher an der Seine nach Vollendung des England bedrohenden Zwing Uri Achtung zu zollen. Allgemein sprach sich die Meinung aus, daß nun Preußen an die Reihe kommen werde. In Frankreich tauchte offen die Frage der natürlichen Grenzen auf und ist heute noch nicht von der Tagesordnung verschwunden.

Die stete Sorge für Stärkung und Machterweiterung Deutschlands, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, erfüllte den König. Der Versuch, Militär-Conventionen mit den kleineren Staaten Deutschlands zu schließen, scheiterte im Ganzen an dem Widerspruch ihrer Fürsten, die es sich zwar unter dem Schutze Preußens, der ihnen nichts kostete, ganz wohl sein ließen, aber von ihrer Souverainetät zu Gunsten und Sicherheit ganz Deutschlands nichts abgeben wollten.

Alles dies mag den Plan zur preußischen Militär-Reorganisation gereift haben. Wer könnte sagen, ob der Vorliebe des Königs für's Militär, ob der Rheinfrage, ob der deutschen Bundestags-Misere, ob der unglücklichen gestreckten territorialen Lage Preußens der größere Antheil an dieser Schöpfung zuzuschreiben ist. Das liberale Ministerium erwies sich schwach und unfähig; es vermochte weder den Wünschen des Königs zu genügen, noch die Sympathieen des Volkes zu gewinnen.

Das Abgeordnetenhaus lehnte es ab, die ungeheuren Kosten, welche für die Militär-Reorganisation dauernd in Anspruch genommen wurden, zu bewilligen; für Preußen waren es zu große Opfer an Gut und Blut, die von ihm gefordert wurden, wodurch es auch dem Könige klar geworden zu sein scheint und sich ihm die Ueberzeugung aufgedrängt haben mag, daß Preußen allein so unverhältnißmäßig viel zum Schutz von ganz Deutschland nicht beitragen könne, und den Gedanken zur Verbesserung der Bundes-Verfassung hervorgerufen haben. Aber aus der Nichtbewilligung des Abgeordnetenhauses einerseits und auf der anderen Seite aus der Ueberzeugung des Königs, daß ohne große militärische Machtentwickelung Preußens dies Ziel nicht zu erreichen sein würde, entstand der große Zwiespalt zwischen Volk und Regierung, die unselige budgetlose Verwaltung.

Nicht leicht mag es einem Fürsten schwerer geworden sein, sich zu entscheiden, als damals unserem Könige. Sollte er ferner mehr auf moralische Eroberungen oder auf die Macht des Schwertes hoffen? Zweifelsfrei ist beides vereint das Richtige, aber es war versucht, jedoch ohne Erfolg geblieben; die Schuld daran kann nur dem derzeitigen Ministerio zugeschrieben werden.

Heute wird sich wohl Niemand der Hoffnung hingeben, daß die Fürsten der deutschen Kleinstaaten im Wege moralischer Eroberungen ohne einen anderen Druck sich für eine bessere Verfassung Deutschlands werden gewinnen lassen. Der König entließ sein Ministerium, wandte sich an Herrn von Bismarck-Schönhausen, der von vorne herein Blut und Eisen als den geeigneten Kitt zur Stärkung Deutschlands an die Stelle der moralischen Eroberungen setzte. Er spinnt den rothen Faden seiner Politik aus dem tiefen Haß, den er als preußischer Bundestags-Gesandter eingesogen ob der demüthigenden Stellung, die Preußen dem österreichischen Präsidio, ja jedem Duodezstaat gegenüber am Bundestage einnahm. In Bundesgenossenschaft mit Oesterreich wurde der Krieg gegen Dänemark geführt. Als Bismarck, zuerst die Widersprüche des Bundestages nicht achtend, vorging, konnte man dies als den Anfang des Endes der Bundestags-Misere begrüßen. Die Fortschrittspartei hatte zwar gewarnt, sich mit Oesterreich zu verbinden, und alles mögliche Schlimme daraus prophezeiht, aber, wie es anders hätte angegriffen werden sollen, hatte sie nicht gesagt; das sehr milde Amendement des Abgeordneten Michaelis hatte die Majorität des Abgeordnetenhauses abgelehnt. Sich mit Oesterreich nicht verbinden, hieß schon damals für Preußen den Krieg mit Deutschland, aber auch zugleich mit Dänemark führen.

Preußen ist jetzt in einen Krieg verwickelt, so schwer, so gefährlich, wie je zuvor. Gewiß kann man verschiedener Meinung darüber sein, ob die Ziele deutsch-preußischer Politik sich nicht mit milderen, anderen, weniger grausamen Mitteln hätten erreichen lassen, ob es zweckmäßig war, jetzt diese Differenzen zur Entscheidung zu bringen; aber die Würfel sind gefallen, und diesen Zeitpunkt wählte die Fortschrittspartei, um die Forderung an den König zu stellen, das Ministerium durch ein liberales zu ersetzen. Wir glauben, eine unpassendere Art, wie dies geschehen soll, und ein unpassenderer Zeitpunkt konnte dazu nicht gewählt werden. Wir glauben auch nicht an die Wunder, die eine solche Maßregel auf den Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland zu Gunsten Preußens haben würde. Wer kein Vertrauen zum Preußischen Volk gewonnen hat, aus seiner Consequenz und Festhaltung an Gesetz und Recht, welche es jetzt schon so oft an der Wahlurne bewiesen hat, dem wird der Staar nicht gestochen werden, wenn auch heute ein Ministerium an die Spitze der Verwaltung tritt, welches versichert, das Budget-Recht achten zu wollen. Arnold.

Politische Rundschau.

Die heute eingetroffenen amtlichen Nachrichten vom Kriegsschauplatze lauten:

„Kassel, 21. Juni, früh. Die Hannoveraner stehen noch bei Göttingen und haben sich dort verschanzt. Die Stadt ist verpallisadirt. Eine schwache hannoversche Abtheilung überschritt bei Tagesanbruch die preußische Grenze unweit Heiligenstadt.

Kassel, 21. Juni, früh 5 Uhr. Die Eisenbahn nach Eisenach ist wieder fahrbar; an mehreren Stellen derselben stehen starke preußische Pikets.

Kassel, 21. Juni, früh 8 Uhr. General von Beyer ist mit seinem Corps heute in der Richtung auf Göttingen abmarschirt. Starke Detachements werden gegen die Werra-Uebergänge vorgeschoben.

Eisenach, 21. Juni, früh. Während der Nacht ist Infanterie, Artillerie und Kavallerie hier eingetroffen, um mit General v. Beyer vereint zu operiren. Ein Detachement aus Magdeburg traf während der Nacht in Nordhausen ein, um bei der Einschließung der hannöverschen Truppen mitzuwirken.

Hannover, 21. Juni, Mittags. Die Corps v. Falckenstein und v. Manteuffel rücken nach Göttingen vor.

Mühlhausen, 21. Juni, Mittags. Ein kleines Detachement von Hannoveranern hat heute Mittag Heiligenstadt passirt und ist auf Dingelstädt marschirt; die Abtheilung scheint sich durchschlagen zu wollen.

Kassel, 21. Juni, Abends. Die preußischen Truppen haben alle Werra-Uebergänge besetzt. Die Truppen von Eisenach sind in nördlicher Richtung marschirt.

Der Kurfürst befindet sich noch in Wilhelmshöhe.

Minden, 22. Juni, früh 8 Uhr. Der kurhessische Kriegs-Minister General Meyerfeld ist als Staatsgefangener soeben auf hiesiger Festung abgeliefert worden."

Die Kriegsoperationen können mit der Ungeduld des Publikums begreiflich nicht gleichen Schritt halten. Man erwartet täglich Schlachten und vergißt, daß es kein geringeres Terrain, als ganz Deutschland, ist, das die preußische Armee zu occupiren hat, bevor sie sich im Südwesten gegen Baiern und im Südosten gegen Oesterreich zu einer Schlachtoffensive engagiren kann. Allerdings trägt zu der eingetretenen Pause Oesterreichs merkwürdige Unmöglichkeit das Meiste bei. Alle Nachrichten von Beginn der Feindseligkeiten durch sie beschränken sich auf kleine Patrouillenplänkereien, auf nur vorübergehende Grenzüberschreitungen; von einer größern Bewegung der österreichischen Nordarmee vernimmt man nichts.

Zu den hartnäckigsten Gegnern Preußens hat sich, nach längerm Schwanken, Baiern gestaltet. Im Verein mit Württemberg entwickelt es eine große Thätigkeit für Oesterreich und gegen Preußen. Die erste Folge davon ist die Kriegserklärung Italiens an Baiern, und die weitere Folge wieder davon, daß der Krieg gegen Baiern nun auch dessen Südgrenze berühren wird.

Von welcher Seite Italien seine Operationen zu beginnen gedenkt, darüber fehlen allerdings noch jedwede sichere Andeutungen. Möglich, daß ein Theil der italienischen Armee an dem vielberufenen Festungsviereck nur eine Defensivstellung einnimmt, während die Hauptoperation gegen den Norden erfolgt; möglich aber auch, daß östlich und nördlich zugleich die Offensive ergriffen wird, und zwar der Art, daß die Festungen überlaufen werden, um in Venetien und gegen das Adriatische Meer hin vorzudringen, wo die Armee die italienische Flotte treffen würde. Ohne große Verluste an Menschenleben würde allerdings diese Operation voraussichtlich nicht zu vollziehen sein; gelänge sie aber, so wäre Oesterreichs südliche Hauptvertheidigungslinie durchbrochen und damit das Schwerste gethan.

Daß Preußen, wenn es ihm gelingt, die bairisch-württembergische Armee, vor oder nach österreichischem Succurs, zu schlagen oder doch außer der Fähigkeit zu setzen, uns zu schaden, durch bairisch Tirol die österreichische Grenze zu gewinnen suchen wird, um hier eine Vereinigung mit der italienischen Armee zu bewirken, das ist eine aus der militairischen und politischen Sachlage sich ergebende Wahrscheinlichkeit. Ist diese Annahme aber richtig, so wird im Südwesten Deutschlands für die nächste Zeit Baiern dazu berufen sein, den Hauptkriegsschauplatz zu bilden. Es wird darauf ankommen, wie früh oder wie spät Preußen mit der Entwaffnung der mitteldeutschen feindlichen Länder fertig wird, um mit seiner gesammten Südwestarmee sich gegen die München-Stuttgarter Coalition zu wenden.

Daß man von einem weitern Vorrücken der Oesterreicher in Schlesien, nachdem ihre Grenzüberschreitung und ihre Eröffnung der Feindseligkeiten gemeldet worden, weiter nichts vernimmt, muß auffällig erscheinen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die von Görlitz durch Sachsen gegen Böhmen operirende Armee (Prinz Friedrich Karl) ihre Stellung inzwischen derart consolidirt hat, daß der Keilschub Benedek's gegen Görlitz und indirect gegen Berlin, von dem schon im Voraus soviel Prahlens gemacht war, ohne Gefahr für die österreichische Armee, alsdann von zwei Seiten beziehungsweise im Rücken genommen zu werden, während sich ihm in der Front noch zwei Armeecorps, das Gardecorps, entgegenstellen würden, keine Besorgniß mehr einflößen kann.

Im Norden Deutschlands hat Preußen keinen bewaffneten Gegner mehr zu bekämpfen, aber der Süden steht im Kampfe gegen Preußen. Jeder Krieg sollte enthusiastisch und mit Begeisterung geführt werden. So wird es aber auf süddeutscher Seite in diesem Kampfe von Deutschen gegen Deutsche nicht kommen. Es ist ein trübseliges Motto für deutsche Schlachten, wenn man die Parole ausgiebt, man müsse für die Aufrechterhaltung der deutschen Bundesverfassung kämpfen! Das Volk fühlt es heraus, daß es von den süddeutschen Staatsmännern auf das Schlachtfeld geführt wird um Oesterreichs willen, um Oesterreich die Oberherrschaft in Deutschland erkämpfen zu helfen. Das Volk fühlt es, daß der von den süddeutschen Fürsten gegen Preußen begonnene Krieg des Auslandes Einmischung herbeiführt. „So steht es nun, ihr Schwaben, und es mag leicht sein, daß die ersten fremden Truppen, die als Feinde eure gesegneten Fluren betreten und zertreten werden, Rothhosen sind, Zuaven und Turkos."

Ein Bündniß zwischen Preußen und Frankreich gilt in Schwaben, wie in allen deutschen Gauen auf dem linken Ufer des Rheines, für ausgemacht. Man glaubt selbst die Gefahr, das linke Rheinufer infolge dieses Bündnisses an Frankreich zu verlieren, bringend nahe gerückt, und, um diese Gefahr zu beschwören, solle ein „rheinischer Volksbund", mit einem „rheinischen Sicherheitsausschusse" an der Spitze, gebildet werden, d. h. ein Ausschuß für alle linksrheinischen Länder, auch die preußischen miteinbegriffen. Diese Furcht mag begreiflich sein, und sie ist von der Regierungspresse jener deutschen Staaten nicht blos wachgerufen worden, sondern sie wird unausgesetzt genährt und gekräftigt; — und doch ist diese Furcht eine unbegründete, durch nichts gerechtfertigte, wenn wir den ernstesten Aeußerungen in der französischen Presse vertrauen dürfen.

Auch Oesterreich scheint den in Süddeutschland verbreiteten Glauben zu haben, Frankreich neige sich Preußen zu. So schreibt man, der Fürst Metternich habe der französischen Regierung eine Note überreicht, in welcher über die parteiische, zu preußenfreundliche Haltung einiger Regierungsblätter Klage geführt wird.

In Wahrheit hält sich Napoleon so, wie er es in seinem Briefe ausgesprochen hat, und es ist nicht gut mehr daran zu zweifeln, daß seine Friedenspolitik eine aufrichtige ist, oder — um die Ansicht der Pariser Zeitungen präciser wiederzugeben — eine aufrichtige geworden ist, seitdem er erfahren, daß die russische Regierung ganz dieselbe Politik befolgen werde, wie er selbst, daß sie sich also auf eine beobachtende Neutralität beschränken und diese auch gleichzeitig mit Frankreich verlassen werde, „um das Gewicht ihrer Stimme und ihrer Macht in die eine oder die andere Wagschaale zu werfen." Diese russische Antwort auf den kaiserlichen Brief soll, wie man vielseitig aus Paris schreibt, ihre Wirkung dort nicht verfehlt haben, wie auch die Haltung des Petersburger Cabinets in der Donaufürstenthümer-Frage in den Tuilerien Mißbehagen verursacht zu haben scheint.

Die Dinge müßten sich also ganz eigenthümlich gestalten, wenn ein französisch-preußisches Bündniß zur Durchführung gelangen sollte, und die Sorge um ein solches Bündniß mag die österreichische Presse, welche ohnehin jetzt mit der Beweglichkeit der Preußen und der auf der andern Seite herrschenden Unentschlossenheit oder doch Unbeweglichkeit vollauf zu thun hat, nicht zu schwer drücken.

Das Vorgehen der Preußen reißt die Wiener Journalisten zu originellen Wuthausbrüchen hin. Man klagt über die raschen Gewaltakte Preußens. Es verdiene bemerkt zu werden, schreibt ein officiöses Blatt, daß in neuerer Zeit unter den civilisirten Staaten nur die preußische Geschichte, und zwar die Geschichte Friedrich II. und, bezeichnend genug, die piemontesische, Beispiele aufweis't, daß die Eröffnung der Akte militärischer Gewalt so unmittelbar der Kriegsandrohung gefolgt sei. — Diese Zeitung muß daran erinnert werden, daß Oesterreich zu Ostern 1859 fast gleichzeitig mit der an Victor Emanuel gerichteten Sommation in Sardinien einmarschirt ist. „Daß die Oesterreicher Turin nicht erreichten, wohl aber die Preußen Hannover, Kassel und Dresden, welche letztere Hauptstadt doch den Oesterreichern näher liegt als den Preußen, das ist freilich — verdrießlich."

Die Schnelligkeit der ersten preußischen Bewegungen hat den Engländern einen heiligen Respekt beigebracht, welcher sich täglich mehr und mehr in den englischen Zeitungen kundgiebt und hie und da dem Preußenhasse die Waage zu halten anfängt. „Preußens Premier — schreibt man — stellt als Kriegszweck die Einheit Deutschlands auf und klagt Oesterreich und die Mittelstaaten fast unverblümt des Verbrechens an, aus Eigennutz die Spaltung Deutschlands verewigen zu wollen." Diese Darstellung kann leicht populär werden. — Die „Times" wird ebenfalls täglich preußenfreundlicher und erklärt gradezu: „Oesterreich ist nicht Deutschland und wird nie Deutschland sein. Es wird Preußen nie erlauben, Deutschland zu sein, und ebenso wenig wird es Deutschland selbst erlauben, Deutschland zu sein. Es wünscht zu spalten und durch Spaltung zu herrschen; Preußen will einigen, um durch diese Einigung zu herrschen. Das ist wenigstens eine politische Idee und des Kampfes würdiger, als die meisten Pläne des Ehrgeizes."

Noch immer begegnen wir in der Presse Gerüchten von dem Abschlusse eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen den Donaufürstenthümern und Serbien. Diese Gerüchte treten jetzt sogar mit Bestimmtheit auf; man bringt Details über eine geheime Mission, in welcher sich Demeter Bratiano beim Fürsten Michael in Belgrad befinden soll, und führt auf diese Unterhandlungen die Entfaltung türkischer Streitkräfte in Bulgarien zurück. Briefe aus Constantinopel in französischen und englischen Blättern lassen aber durchblicken, daß die Türkei noch viel Schlimmeres herannahen sieht, als ein feindseliges Auftreten der mit Serbien, vielleicht auch mit Montenegro verbündeten Moldo-Wallachei. Dieses Schlimmere soll das aufgedrungene verhängnißvolle Bündniß der Pforte mit Rußland sein. Seien die Dinge in Mitteleuropa erst im Flusse, heißt es in einem dieser Briefe, dann würde von derselben unsichtbaren Macht, welche alles leitet, auch die orientalische Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Kaiser von Mexiko hat alle Küsten-Zölle seines Reiches an Frankreich verpfändet und damit seine Existenz gefristet, denn es bleiben nun noch 15,000 Franzosen bis zum Jahre 1868 in Mexiko.

Berlin, 22. Juni.

— Es stehen noch im Laufe dieses Monats vorbereitende Schritte zur Einberufung des deutschen Parlaments nach Berlin, welche nach Möglichkeit beschleunigt werden soll, zu erwarten.

— Preußen wird in Hannover, Sachsen und Kurhessen baldigst die Wahlen zum Parlament vorbereiten.

— Mecklenburg wird sein Contingent zur Besetzung der Herzogthümer Schleswig-Holstein für Preußen mobil machen, soll aber wegen der Parlamentswahlen Bedenken tragen, der preußischen Bundesreform vorerst nur theilweise zuzustimmen.

— In diplomatischen Kreisen glaubt man, Preußen werde von dem Anerbieten mehrerer Kleinstaaten, ihre Contingente zum preußischen Heere stoßen zu lassen, aus politischen Gründen abstehen.

— Bremen hat sich bereits wegen seiner ferneren Stellung mit Preußen dahin geeinigt, daß die Selbstständigkeit Bremens erhalten bleibt, wogegen es auf die militärische und diplomatische Vertretung Verzicht zu leisten hat.

— Die in Stade von den Preußen gemachte Beute an Kriegsmaterialien wird im Werthe zu drei Millionen Thaler veranschlagt.

— Der König von Hannover hat, wie versichert wird, seinen bisherigen General-Adjutanten, General-Lieutenant v. Tschirschnitz, wegen Staatsverbrechens zum Tode verurtheilt.

— Das Hoflager des Königs Johann, in dessen Gefolge sich auch der Staatsminister Freiherr von Beust befindet, ist gegenwärtig in Teplitz.

— Durch die erfolgte Besetzung der Leipzig-Hofer Eisenbahn ist es nunmehr den preußischen Truppen möglich, dem Gesammtfeinde einen empfindlichen Nachtheil zuzufügen. Verbietet man nämlich die Ausfuhr von Steinkohlen über die Grenzen der von unsern Truppen besetzten Länder, so wird der Mangel an Brennstoff für die Locomotiven sich alsbald zeigen und die Militärzüge des Feindes beschränken.

— Hier lief das Gerücht um, die hannoverschen Truppen seien von den preußischen umgangen und gefangen genommen worden. Diesem würde indeß der Umstand widersprechen, daß ein Theil der hiesigen Truppen Ordre erhalten hat, von hier abzugehen, angeblich, um bei der beabsichtigten Gefangennahme der Hannoveraner mitzuwirken.

— Wie verlautet, soll in der nächsten Bundestagssitzung ein Antrag eingebracht werden, welcher dahin gehen würde, die Bundesversammlung für die Kriegsdauer zu suspendiren und an ihrer Stelle eine Conferenz von Militärbevollmächtigten der Bundesstaaten einzusetzen, welche aus eigener Initiative der Sachlage entsprechende Entscheidungen und Anordnungen treffen können.

Hannover. Eine bedeutende Kriegscontribution ist zu liefern. Als Betrag wird genannt: 5000 Ctr. Roggenmehl, 3000 Ctr. lebendes Rindfleisch, 12,500 Ctr. Hafer, 3300 Ctr. Heu, 5000 Ctr. Stroh, 700 Ctr. Reis, 250 Ctr. Speck, 117 Ctr. Caffee, entsprechend Salz u. s. w. Indessen soll auf Vorstellung zugesichert sein, daß diese Contribution als solche das ganze Land, nicht allein die Residenzstadt treffe; nur die Beschaffung ist dem Magistrate übertragen.

Oldenburg. Die Politik der Staatsregierung: der enge Anschluß an Preußen, wird im ganzen Lande mit größter Befriedigung verfolgt, man hält sie im Interesse unseres Ländchens und, was noch schwerer wiegt, im Interesse des deutschen Vaterlandes für die richtigste, ja für die allein zulässige und mögliche; die Gegner dieser Politik muß man bei uns mit der Laterne suchen.

Oesterreich. Die zweite Assentirung in Oesterreich hat ihren Anfang genommen. Stellungspflichtig sind die Jahrgänge 1846—40. Dem Vernehmen nach muß dieselbe in allen Kronländern binnen 14 Tagen beendet sein, und soll man auf diese Weise 85,000 Mann ausheben wollen. Ungarn ist hiervon befreit. Wahrscheinlich glaubt Oesterreich seine Vortheile besser wahrzunehmen, wenn es dem Patriotismus dieses Volkes schmeichelt.

— In diesen Tagen sind die österreichischen Waffenvorräthe auf ganz unerwartete Weise beträchtlich vermehrt worden. Es trafen hier nämlich aus Preußen in kurzen Zwischenräumen etwa hundert mit „Kurzwaaren" bezeichnete und für die Donaufürstenthümer bestimmte Kisten ein, die von der Zollbehörde beanstandet und geöffnet wurden. Es fanden sich darin sehr schön gearbeitete Gewehre, die Preußen dem Fürsten Karl I. von Rumänien übersenden wollte. Sie sind auf Grund des Waffentransportverbotes und der Zolldefraudation confiscirt und werden jetzt bei der Bewaffnung der Freicorps gute Dienste leisten.

Zu den Wahlen.

Von mehreren Seiten aufgefordert, mich zu äußern, wie ich stimmen werde, erlaube ich mir, Folgendes zu erwidern:

Die politische Partei, zu welcher ich gehöre, nämlich die altliberale, hat leider, so weit ich weiß, dieses Mal keine Wahlmänner und Landtagskandidaten aufgestellt. Wer also sich an den Wahlen **wirksam** betheiligen will, muß entweder für die von der liberalen Partei oder für die von der konservativen Partei aufgestellten Wahlmänner stimmen.

Wenngleich ein Gegner der Tendenzen der konservativen Partei, habe ich mich — mit schwerem Herzen — entschlossen, derselben meine Stimme zu geben, weil die konservative Partei ausdrücklich erklärt, daß ihre Abgeordneten die Mittel zum Kriege bedingungslos bewilligen werden.

Von den Candidaten der liberalen Partei hat nur Hr. Rechtsanwalt **Röpell**, und zwar sehr verklausulirt, in der letzten Schützenhausversammlung ausgesprochen, daß er möglicherweise auch dem jetzigen Ministerium, wenn dasselbe die gewünschten Concessionen macht, Geld bewilligen könnte. Die Meinung der anderen liberalen Candidaten, der Herren Rittergutsbesitzer **Plehn** und **Kalau von der Hofe**, kenne ich nicht. Jedenfalls glaube ich zu der Annahme berechtigt zu sein, daß alle drei Herren unter gewissen Umständen das Geld zur weiteren Kriegsführung verweigern dürften.

Eine unbedingte Bewilligung der Gelder halte ich aber für nothwendig. Unter den schon öfters von mir angeführten Gründen wiederhole ich folgende:

1) Man hört so oft den Einwand: „Das Ministerium thut dem Volke Unrecht, wenn es nicht zurücktritt oder keine Concessionen macht." Zugegeben, daß dieser Einwand begründet ist, giebt er deßhalb dem Volke ein Anrecht, sich dafür an dem eigenen Vaterlande zu rächen, indem es dem Feinde Vorschub leistet? Zur Strafe dafür, daß ein halb Dutzend Personen unrechtmäßig gegen das Volk handeln, sollen die Mittel zur Vertheidigung der zwanzig Millionen Preußen abgeschnitten, dem Ministerium bei Beschaffung der Gelder Verlegenheiten bereitet werden? Vergißt man denn ganz, daß solche Maßnahmen nur dem Feinde zu gut kommen?

2) Man wird nur noch wenige Doctrinaire finden, die den jetzt von Preußen begonnenen Krieg, der in **Norddeutschland als Befreiungskrieg von österreichischer Knechtschaft** aufgefaßt wird, für unrechtmäßig halten. Herr Rechtsanwalt **Röpell** wies neulich in der Schützenhausversammlung die historische Nothwendigkeit desselben nach. **Wenn ich den Krieg aber für nothwendig halte,** so kann ich mich zu einer solchen Höhe der Logik **nicht** versteigen, daß ich sage: „Ich halte den Krieg für geboten, aber ich suche ihn zu verhindern, und zwar aus Gründen, die mit dem Kriege nichts zu thun haben."

3) Eine Nichtbewilligung der Mittel stellt der politischen Reife des Preußischen Volkes das kläglichste Armuthszeugniß aus, es würdigt die Nation in den Augen des Auslandes herab, es macht — und das stimmt mich als Liberalen besonders trübe — die liberale Partei in nächster Zukunft für die Regierung unmöglich. Wie kann ein Preußischer König je Leuten das Ruder des Staates anvertrauen, die in der Stunde der Gefahr den Grundsatz aufgestellt haben: Wir erkennen, daß der Krieg, von dem die Existenz Preußens abhängt, gerecht ist, aber wir wollen lieber den Staat untergehen lassen, als von unserm formellen Recht ablassen.

Sollte es, was Gott verhüte, zur Verwirklichung solcher Theorien kommen, so wird die Geschichte, wenn sie in großen Zügen die für die Freiheit Deutschlands geschlagenen Schlachten in ihren Tafeln verzeichnet, mit verhülltem Haupte hinzufügen müssen: In diesem Kriege, den König Wilhelm mit dem Preußischen Volke für die Freiheit des deutschen Volkes geführt, waren die Abgeordneten des Preußischen Volkes der Situation nicht gewachsen, sie hatten ebenso wenig Theil an diesem Kriege, wie an dem zur Befreiung Schleswig-Holsteins von dänischem Joche geführten; weil sie in ihrem Rechte gekränkt waren, „spielten sie lieber nicht mit."

Sehr schön weist die „Spenersche Zeitung" auf das alte Rom hin. Dort standen sich Patricier u. Plebejer viel feindlicher im Innern gegenüber, als jetzt Regierung und Volk. Und doch sobald es hieß, der Feind sei vor den Thoren, war der alte Zwist vergessen, nur ein Gefühl beseelte Alle, das Gefühl: das Wohl und die Vertheidigung des Vaterlandes über Alles! — —

Denjenigen, die da sagen: es ist eine Inkonsequenz, wenn Jemand, der so lange liberal gestimmt hat, jetzt mit der konservativen Partei stimmt, erwidere ich: Ich kenne nur eine politische Konsequenz, nämlich die **Konsequenz in der Liebe zu meinem Vaterlande und in der Förderung seines Wohls.** An der Erhaltung der gegenwärtigen Parteien ist übrigens nichts gelegen. Eine vernünftige Partei soll der Ausdruck der nach reiflicher Ueberlegung entstandenen Ueberzeugung der Menge sein, aus der Menge gehen erst die zur Führung Berufenen als Vertheidiger dieser Ueberzeugung hervor — während unsere Parteien dadurch entstanden sind, daß Einer oder Wenige gewisse Grundsätze aufstellen und vertheidigen, die die Menge dann meistens gedankenlos nachbetet. — —

Jeder, der die Stimmung des Volkes verfolgt, wird zugeben müssen, daß sich dieselbe vor der Gewalt der Ereignisse und in Anbetracht der wirklich großartigen Maßnahmen unserer Regierung seit vierzehn Tagen wesentlich verändert hat. Man darf nur die in den beiden Schützenhaus-Versammlungen gehaltenen Reden mit einander vergleichen. Ein Abgeordnetenkandidat, der heute an der Parole „diesem Ministerium keinen Heller und keinen Pfennig" festhalten wollte, würde vor den Augen einer einigermaßen aufgeklärten Wählerschaft wenig Gnade finden. Ja, ein Theil der fortgeschrittensten Fortschrittler spricht es bereits offen aus, daß bis zur Beendigung des Krieges das Verbleiben der Minister **Bismarck** und **Roon** im Amte eine Nothwendigkeit sei. Man darf sich aber durch solchen Umschwung nicht irre machen lassen. Die dem Abgeordnetenhause bevorstehende wichtigste Regierungsvorlage ist die „über Bewilligung der Gelder zur Vertheidigung des Vaterlandes" und jeder Wähler muß sich, bevor er einem Landtagskandidaten die Stimme giebt, darüber vergewissern, wie derselbe zu dieser Frage sich zu verhalten gedenkt. Vertrauensseligkeit und der Glaube, daß Umstände den Abgeordneten vielleicht nöthigen werden, auch ohne ihm ausreichend erscheinende Zugeständnisse Gelder zu bewilligen, sind jetzt nicht am Platze.

Manche, die von der Nothwendigkeit der unbedingten Bewilligung überzeugt sind, sagen: Für den Kandidaten der liberalen Partei kann ich dieses Mal nicht stimmen, mit den Konservativen gehe ich aber auch nicht, das widerstrebt meinen Gefühlen. Solche mögen nicht vergessen, daß das Volk für die Thaten seiner Erwählten die Verantwortung trägt, daß es ein gleiches Unrecht ist, ob Jemand etwas gegen seine Ueberzeugung thut oder Dinge, die er für schlecht hält, ruhig gewähren läßt. Für die Handlungen dieses Abgeordnetenhauses ist jeder Urwähler verantwortlich, gleichviel ob er seine Stimme abgiebt, oder sich durch Stillschweigen der Majorität fügt.

Deshalb prüfe sich ein Jeder in seinem Gewissen, und da kein anderer Ausweg ist, so **stimme** er, wenn er diesen Krieg für gerecht hält, für solche Abgeordneten, die unbedingt die Mittel zu demselben bewilligen. Hält er dagegen den Krieg für einen frivolen, ungerechtfertigten, so stelle er Kandidaten auf, die gleicher Ansicht sind, und stimme für sie. Wie man aber mit dem Kriege einverstanden sein und trotzdem Männer wählen kann, welche nur unter Bedingungen, die nichts mit dem Kriege gemein haben, Geld bewilligen wollen, ist mir wenigstens unverständlich.

John Gibsone.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 23. Juni.

— Es wird der Erlaß einer königlichen Verordnung vorbereitet, welche Angesichts der gegenwärtigen Kriegsgefahren die Fälle genauer präcisirt, in welchen die nicht rechtzeitige Protesterhebung nicht die wechselmäßige Verbindlichkeit des Ausstellers und der Giranten aufhebt.

— Der Minister des Innern hat entschieden, daß die Aufstellung und Absendung von Auszügen aus den Abtheilungslisten, behufs der Einholung der Stimmen für die bevorstehenden Wahlen, ebenso für diejenigen Landwehrmänner zu erfolgen hat, welche zur Vervollständigung der Linienregimenter einberufen, als für diejenigen, aus denen eigne Truppenkörper der Landwehr gebildet sind.

— Das Gerücht, wonach den Reservisten und Landwehrleuten durch Cabinetsordre die Ausübung des Wahlrechts untersagt worden sei, bestätigt sich also nicht. Es ist nur eine frühere Anordnung wieder in Erinnerung gebracht worden, wonach Reservisten und Landwehrleute nicht zu dem Wahlacte commandirt werden sollen. Die Ausübung des Wahlrechtes steht Jedem unbehindert frei.

— Das General-Post-Amt erläßt folgende Bekanntmachung: In einigen Zeitungen ist die Mittheilung enthalten, daß von den Postanstalten bei Einzahlungen auf Post-Anweisungen vermerkt werde, ob die Zahlung in Darlehns-Kassenscheinen erfolgt sei, und daß in Fällen dieser Art auch die Auszahlung an den Adressaten in Darlehns-Kassenscheinen erfolge. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die vorstehende Mittheilung der Zeitungen unrichtig ist. Eine Anordnung der erwähnten Art ist an die Postanstalten weder erlassen worden, noch wird dieselbe in Zukunft erlassen werden.

— Die Amtsblätter der Königl. Regierungen sollen vom künftigen Jahre ab eine veränderte und bessere Gestalt erhalten und im Format der Gesetz-Sammlung erscheinen.

— Die jüngst angeordnete Aufstellung der Stammrollen der Jahrgänge 1835 bis einschließlich 1843 soll, höherer Bestimmung nach, mit der größtmöglichsten Beschleunigung erfolgen. Die Geistlichen 2c. sollen die früher nicht gefertigten Geburtslisten jener Jahrgänge gleichfalls schleunigst aufstellen. Die Besitzer designirter Mobilmachungspferde haben großentheils bereits die Verfügung über letztere zurückerhalten, so daß der Bedarf also gedeckt scheint.

— In Beziehung auf die Verhältnisse der Seeschifffahrt ist Folgendes bestimmt worden: 1) Oesterreichische Handelsschiffe, welche sich gegenwärtig in einem preußischen Hafen befinden, oder, bevor ihre Führer von dem Ausbruch des Krieges unterrichtet sein konnten, in einen preußischen Hafen einlaufen möchten, sollen, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, innerhalb sechs Wochen, vom heutigen, beziehungsweise vom Tage ihres Einlaufens an gerechnet, ihre Ladung löschen und mit neuer Ladung — Kriegs-Kontrebande ausgenommen — ausgehen dürfen. Nach Ablauf dieser Frist haben sie den Hafen zu verlassen. 2) Oesterreichische Handelsschiffe, deren Führer von dem Ausbruch des Krieges unterrichtet sein konnten, werden in einen preußischen Hafen nicht zugelassen.

— Wie wir erfahren, hat Herr Regierungsrath **Oelrichs** eine Denkschrift bezüglich des 50-jährigen Jubiläums der hiesigen königlichen Regierung ausgearbeitet, welche den Verwaltungs-Organismus des Bezirkes bis in die frühesten Zeiten umfaßt und bei der feierlichen Enthüllung des königlichen Geschenkes zur Vertheilung gelangen wird.

— Einem Privatbriefe aus **Schlesien** entnehmen wir Folgendes: Die Truppen werden hier von den Bewohnern überall mit Zuvorkommenheit und aufopfernder Liebe empfangen. Trotz der nicht geringen Last, welche einzelnen Besitzern aus der Ueberbürdung durch massenhafte Einquartierung erwächst, nimmt man die Soldaten doch freundlich auf. — Als wir kürzlich höchst ermüdet ein Dorf erreichten, wo eine kurze Zeit gerastet werden sollte, erwählten ich und noch 5 Kameraden den schattigen Kirchhof zur Ruhestätte. Wir schliefen vor Ermattung sehr bald ein. Als wir erwachten, erblickte Jeder von uns neben sich eine Flasche und ein danebenstehendes Glas. Erfreut griffen wir zu und labten uns an einem uns gespendeten kräftigen Bier. Der Pfarrer des Ortes hatte uns diese angenehme Ueberraschung bereitet.

— Die gestrige Abend-Versammlung des **Allgemeinen Consum-Vereins** war nur spärlich besucht. Der Herr Vorsitzende zeigte den Mitgliedern an, daß Herr Bäckermeister **Erdtmann**, Ketterhager-Thor Nro. 2 nunmehr auch Weißbrod back und dafür Weißbrod-Marken in Zahlung nehme. — In Stelle des zum Heere einberufenen Herrn **Scheerhans**, dessen Bäckerei dadurch in Stillstand gerathen, wurde Herr Bäckermeister **Frühling**, Altst. Graben Nro. 75, zum Lieferanten erwählt. — Zwei eingegangene Offerten von Weißwaarengeschäften wurden des geringen Besuches und der ungünstigen Zeitverhältnisse wegen noch zurückgestellt. — In Betreff der Annahme der **Darlehns-Kassenscheine** an unserer Vereins-Kasse wurde die Gesellschaft dahin einig, daß vor Allem das Votum des Abgeordnetenhauses abzuwarten sei; aber selbst in dem Falle, daß dieses seine Zustimmung ertheile und sich unsere Lieferanten zur Annahme dieser Scheine verpflichteten, solle zuvor eine General-Versammlung über diesen wichtigen Punkt gefragt werden.

— Am nächsten Dienstag findet im **Victoria-Theater** das Benefiz für Herrn **Bossler** statt. Wir haben in Herrn Bossler einen Künstler kennen gelernt, welcher, mit einem schönen Talente begabt, zugleich von dem regsten Eifer für seine Kunst beseelt ist und mit großer Konsequenz seine in Sprache und Haltung von vorne herein gut angelegten Figuren durchführt. Deshalb können wir nur wünschen und dürfen es auch wohl erwarten, daß das Publikum dem jugendlichen Künstler eine Anerkennung seiner Bestrebungen durch einen recht zahlreichen Besuch an seinem Ehrenabende geben wird. Zur Aufführung werden kommen: Schöbell's Posse „Ein Berliner in Mecklenburg", das Lustspiel „Ein neuer Robinson" von Friedrich und Holtei's „Hans Görge."

— Gestern wurde unweit des Neugarterthores eine junge Diebin gefangen, welche schon längere Zeit kleine Kinder ihrer Schmucksachen beraubt hat.

— Die neubegründete evangelische Kirchen- und Pfarr-Anstalt Smazin, im Kreise Neustadt, hat keinen Patron. Es steht daher der Kirchengemeinde die Wahl ihres Pfarrers zu. Es sollen derselben nunmehr von dem Consistorium der Provinz Preußen drei Geistliche vorgeschlagen und zur Haltung einer Probepredigt und Katechisation in der Kirche zu Smazin angewiesen werden, aus denen sie sodann den Pfarrer zu wählen hat.

— Die für den 1. October d. J. in Aussicht genommene Eröffnung des katholischen Lehrer-Seminars zu Berent muß bis auf Weiteres vertagt werden.

— Dem Oeconomen Hermann Müller zu Bebernitz, im Kreise Berent, ist die Rettungs-Medaille am Bande verliehen worden.

Marienburg. Vor einigen Tagen verstarb in Braunswalderfelde der frühere Hofbesitzer Pletzing, der im August d. J. 116 Jahre alt gewesen wäre.

— Bei der Abiturienten-Prüfung im Gymnasium sind sämmtliche 8 Examinanden durchgekommen. Drei davon treten schon in einigen Tagen in die Armee ein.

— Von einem Ohrenzeugen hörten wir die Mittheilung eines Gutsbesitzers aus dem Stuhmer Kreise, „wonach vor ca. 2 Jahren dem Oberförster in Rehhof ein Kutscher verschwunden, welcher durch erfolgten öffentlichen Aufruf nicht zu ermitteln gewesen. Bei Anlegung eines neuen Gebäudes, ca. 50 Fuß von der Oberförsterei, hat man jetzt beim Aufgraben zu den Fundamenten den Kutscher in seiner Livree, zwei Dolchstiche in der Brust, aufgefunden.

Kulm. Ein neuer Schmuck unserer Stadt steht nun, von außen ganz, von innen fast fertig, da, das neue, auf Staatskosten erbaute katholische Gymnasial-Gebäude. Der Anschlag war auf 80,000 Thlr. angenommen, und obwohl dieser schon hoch erschien, betragen die wirklichen Baukosten doch 120,000 Thlr.

Bromberg. In diesen Tagen treffen hieselbst über Posen 450 erkrankte Soldaten ein, welche theils im Garnisonlazareth, theils im Landwehrzeughause und in anderen Localitäten untergebracht werden sollen. Verwundete sind selbstverständlich nicht darunter, da es nach amtlichen Berichten noch nicht zum Kampfe gekommen ist.

Vermischtes.

*** [Sächsischer Muth.] Ein preußischer Landwehr-Unterofficier machte vor einigen Tagen einen Spaziergang durch Leipzig, fand auch, da er ganz friedlich lustwandelte, nirgend ein Hinderniß. Tags darauf aber wehklagten etliche Beustianer: es sei doch eigentlich unverantwortlich, daß man diesen preußischen Unterofficier gestern nicht gefangen genommen habe; es sei ja, da er „keine Flinte" bei sich gehabt, ein Leichtes gewesen, den Preußen zu arretiren!

*** Herr v. Beust soll, als der preußische Gesandte nach Uebergabe der Kriegserklärung sich in einem dem Minister gemachten Privatbesuche verabschiedete, sehr heiterer Laune gewesen sein oder doch die Kunst besessen haben, eine solche zu affectiren. Als er den Baron Schulenburg gefragt hatte, wann er reise, und dieser erklärt hatte: „sogleich!" erwiderte Herr v. Beust: „Ich habe nicht so große Eile, ich reise morgen; wir werden uns heute also nicht mehr im Theater zusammenfinden." Baron Schulenburg sprach die Hoffnung aus, daß man sich in glücklicheren Verhältnissen wohl wiedersehen werde, worauf Herr v. Beust scherzend meinte: Die Hoffnung wolle er auch theilen, er wisse zunächst nur nicht, wo. „Vielleicht im künftigen deutschen Parlament — fügte er dann lächelnd hinzu — Sie sitzen dann mit den preußischen Demokraten und Kreuzzeitungsleuten auf der Linken und ich mit den deutschen Liberalen auf der Rechten." Als der Gesandte meinte: das sei ja eine eigenthümliche Gruppirung, erwiderte der scherzhafte Dresdener Staatsmann: „O, sie kommt noch ganz anders, dafür werden die Franzosen und Italiener schon sorgen."

*** Mehrere österreichische Organe enthalten eine Depesche aus Reichenberg in Böhmen über den Einmarsch der Preußen in Sachsen. Sie schließt im Lapidarstil mit den Worten: „Bautzen. Post angehalten, Geldbriefe weggenommen. Post Löbau geplündert, Pferde verkauft, Postillon gefangen." (In Oesterreich hält man vielleicht so etwas für selbstverständlich und lügt es deshalb ohne Weiteres auch den Preußen an.)

*** Ein weiblicher Notar ist kürzlich in den Vereinigten Staaten creirt worden. Die Rechte der Frauen erweitern sich bekanntlich jenseits des Oceans immer mehr und mehr. So berichten jetzt die dortigen Blätter, daß kürzlich eine Miß Stebbina in Iowa zur Ausübung der Geschäfte eines öffentlichen Notars autorisirt worden.

Heute können wir mittheilen, daß zwei richtige Auflösungen des Ton-Räthsels in Nr. 141 d. Bl. eingegangen sind, von H—g B—t und folgende:
Nicht immer schmeckt die Muß,
Doch grollt man stets dem Muß. W—y.

Auflösungen des Zahlen-Räthsels in Nr. 143: „Na — Inn — Kinn — Anna — Nain — Kain" sind eingegangen von H—g B—t; John Meyer; L. Zocher; A. R.; O. Marklin; P. F. Anger.

Meteorologische Beobachtungen.

22	4	338,15	+15,4	NO. mäßig, leicht bewölkt.
23	8	338,52	14,2	OSO. flau, bewölkt.
	12	338,75	15,9	Ost flau, leicht bewölkt.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 22. Juni:

Woudstra, 4 Gebröder, v. Newcastle, m. Gütern. Summers, Philorth; Smith, Isabella Elise; u. Christie, Arrow, v. Dysart; Steinhagen, Elise, v. Newcastle, m. Kohlen.

Gesegelt: 4 Schiffe m. Getreide u. 3 Schiffe m. Holz.

Angekommen am 23. Juni:

Smith, Renown, v. Blyth; u. Spiegelberg, Julius, v. Cardiff, m. Kohlen. Streck, Colberg (SD.), v. Stettin, m. Gütern, liegt Quarantaine. — Ferner 2 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt: 13 Schiffe m. Getreide, 4 Schiffe m. Holz u. 1 Schiff m. Knochen.

Ankommend: 2 Schiffe. Wind: Ost.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 20. bis incl. 22. Juni.

1½ Last Weizen, 490 L. Faßholz u. Bohlen, 8442 fichtene Balken u. Rundholz, 427 eichene Balken, 3459 Eisenbahnschwellen. Wasserstand — Fuß 9 Zoll.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 23. Juni.

Weizen, 210 Last, 131.32pfd. fl. 535; 129pfd. fl. 500; 129.30pfd. fl. 495; 126.27pfd. fl. 460, 475; 123pfd. fl. 435; 116pfd. fl. 340 pr. 85pfd.
Gerste, 105.106pfd. fl. 258 pr. 72pfd.
Hafer fl. 183 pr. 50pfd.
Weiße Erbsen fl. 315 pr. 90pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 23. Juni.

Weizen bunt 120—130pfd. 60—82 Sgr.
hellb. 120—132pfd. 65—92 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120.26pfd. 44/45—49 Sgr. pr. 81⅞pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 55—58 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 50—54 Sgr. }
Gerste kleine 100—110pfd. 39—45 Sgr.
do. große 105—112pfd. 41—47 Sgr. pr. Schffl.
Hafer 70—80pfd. 30—32/33 Sgr. pr. Schffl.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:
Königl. Amtsrath Fournier a. Kodczileck. Rittergutsbes. v. Bienkowski a. Smuszewo. Ingenieur Rösicke a. Berlin. Kaufl. Kalischer a. Berlin u. Cohn a. Elbing.

Hotel de Berlin:
Rittergutsbes. Höhne a. Oletzko. Die Kaufl. Bernstein a. Königsberg u. Müller a. Berlin. Frau Sellentin a. Komorowoch.

Hotel zum Kronprinzen:
Die Rittergutsbes. v. Mieczkowski a. Laczewo und Raschke a. Rubinkowo. Die Kaufl. Döhling u. v. Riesen a. Elbing, Stechern a. Stettin, Kuhler a. Remscheid u. Landecker a. Dresden.

Hotel du Nord:
Pr.-Lt. v. Steinkeller a. Weichselmünde. Ingenieur v. Gläsner a. Kopenhagen.

Walter's Hotel:
Die Kaufl. Gromke u. Schmall a. Leipzig, Rosenbaum a. Königsberg u. Adamsohn a. Leobschütz.

Hotel d'Oliva:
Rentier Edelbüttel a. Enzow. Die Kaufl. Bukowitz a. Bromberg, Nathan a. Königsberg u. Oestermann n. Fam. a. Conitz. Maurermstr. Benheim a. Rosenberg. Feldmesser Hering a. Warlubien.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:
Pr.-Lieut. Bredow a. Königsberg. Rittergutsbes. Mentzel a. Berlin. Kaufm. Anders a. Görlitz.

Hotel de Thorn:
Die Pfarrer Tulikowski a. Poln.-Crone u. Friese a. Carthaus. Die Besitzer Moldehnke a. Königsberg und Rahn n. Fam. a. Prangschin. Königl. Ober-Amtmann Bieler a. Bankau. Dr. phil. Landwirth a. Greifswalde. Frau Bes. Friese a. Berlin. Fräul. Rentiere Friese a. Königsberg.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Nutzung der niederen Jagd auf den folgenden in Zeitpacht ausgegebenen Kämmerei-Ländereien, als
1. Bürgerwiesen von circa . . . 1169 Mrg. pr.
2. Weißhöfer-Außendeich von ca. 258 „

zusammen von circa 1427 Mrg. pr.
auf drei Jahre vom 1. December c. ab, steht ein Licitations-Termin

am 14. Juli c.,

von 11 Uhr Vormittags ab, im hiesigen Rathhause vor dem Herrn Stadtrath Strauß an, zu welchem wir Pachtlustige hiermit einladen

Wir bemerken dabei, daß nach 12 Uhr Mittags neue Bieter nicht mehr zugelassen werden und Nachgebote unberücksichtigt bleiben müssen.

Danzig, den 11. Juni 1866.

Der Magistrat.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.